

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 177/2008 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Agrarfreihandelsabkommen mit der EU – Auswirkungen auf den Kanton Solothurn (03.12.2008)

Im März 2008 hat der Bundesrat entschieden, mit der EU Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich aufzunehmen. Ein allfälliger Abschluss hätte für die Landwirtschaft, aber auch für die vor- und nachgelagerten Sektoren, massive wirtschaftliche Folgen. Die wichtigsten Kostenfaktoren der Landwirtschaft, wie Baukosten, Lohnkosten, Energie, Wasser und Naturschutz werden durch ein Freihandelsabkommen nicht oder kaum tangiert. Hingegen ist auf Grund erheblich tieferer Produzentenpreise mit massiven Einkommensverlusten für die Landwirte zu rechnen. Negative Folgen sind aber auch für die Konsumenten in Bezug auf die Produktesicherheit zu erwarten. Die Schweiz kennt strengere Vorschriften als die EU, namentlich im Lebensmittelbereich und insbesondere bei den gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Es ist davon auszugehen, dass die EU unter dem Deckmantel des Abbaus nicht tarifärer Handelshemmnisse auf diesem Gebiet von der Schweiz eine Angleichung an das EU-Recht verlangen wird.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie steht der Regierungsrat generell zu einem Freihandelsabkommen mit der EU?
2. Wie würde sich ein Freihandelsabkommen auf den in der Schweiz hohen Standard punkto Ökologie, Tierschutz und naturnaher Produktion auswirken?
3. Welche höheren Anforderungen in der Ökologie, beim Tier- und Naturschutz müssten die Solothurnischen Landwirte bei einem allfälligen Beitritt zum Freihandelsabkommen trotz tieferen EU-Produktpreisen gleichbleibend erfüllen?
4. Welche Meinung vertritt der Regierungsrat beim Vergleich einer sinnvollen, ökologischen und naturfreundlichen Nahrungsmittelproduktion in der Region mit einem kilometerweiten Transport von Nahrungsmitteln durch verschiedene Länder?
5. Wie könnte die restriktive Bewilligungspraxis beim Bauen in der Landwirtschaftszone bei einem Beitritt zum Freihandelsabkommen gelockert werden?
6. Was geschieht mit dem Transitverbot von Schlachttieren? Wie stellt sich der Regierungsrat zur St. Galler Standesinitiative gegen EU-Schlachtiertransporte durch die Schweiz?
7. Wie steht der Regierungsrat zur Anwendung der Gentechnologie im Pflanzenbau? Wie könnten die Schweizer Produkte bei einem Freihandelsabkommen konkurrenzfähig bleiben?
8. Welche Auswirkungen erwartet der Regierungsrat von einem Freihandelsabkommen mit der EU in Bezug auf die landwirtschaftlichen Strukturen, die Anzahl Betriebe und das bäuerliche Einkommen im Kt. Solothurn?
9. Über allfällige Begleitmassnahmen des Bundesrates ist noch nichts bekannt. Welche kompensierenden Massnahmen, finanzieller und nicht finanzieller Art sowie auf Gesetzesstufe, könnte sich der Regierungsrat speziell für den Kanton Solothurn vorstellen?

10. Wie sieht der Regierungsrat in Zukunft die dezentrale Besiedlung des Landes, die Landschaftspflege und die touristische Entwicklung, wenn die Zahl der bäuerlichen Betriebe im Kanton Solothurn weiter abnimmt?
11. In der Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes verfügen die Kantone über zwei Sitze. Wie bringt sich der Kanton Solothurn in diese Arbeitsgruppe ein und wie sehen die konkreten Vorschläge aus?

Begründung (03.12.2008): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Samuel Marti, 2. Fritz Lehmann, 3. Thomas Eberhard, Leonz Walker, Josef Galli, Hansjörg Stoll, Walter Gurtner, Christian Imark, Rolf Sommer, Herbert Wüthrich, Bruno O-
ess, Beat Ehram, Heinz Müller. (13)